

Renaissance des Sozialismus?

Harold James

Keynesianismus und nationale Lösungen

Zwei überraschende Schlussfolgerungen haben sich aus der aktuellen Diskussion über mögliche Lösungen der weltweiten Finanzkrise ergeben, aber erst über eine davon ist man sich inzwischen vollständig im Klaren. Erstens bedarf es umfassender Maßnahmen des öffentlichen Sektors. Wir sind jetzt alle Keynesianer geworden. Zweitens sind solche Maßnahmen hochkompliziert, weil in einer globalisierten Welt grenzübergreifende Hilfen erforderlich sind. Über diesen zweiten Punkt herrscht kein Konsens, im Gegenteil, wir treiben auf nationale Lösungen zu.

Harold James

(* 1956) ist Professor für deutsche Geschichte und europäische Wirtschaftsgeschichte an der Princeton University.

hjames@princeton.edu



Zunächst wurden privatwirtschaftliche Lösungskonzepte zur Finanzkrise ausprobiert; sie sind jedoch in atemberaubend kurzer Zeit gescheitert. US-Finanzminister Hank Paulson, der von der stärksten US-Investmentbank *Goldman Sachs* in die Regierung gewechselt war, speulierte auf eine schnelle Selbstreinigung des Marktes, als er am 14. September 2008 die Pleite von *Lehman Brothers* geschehen ließ. Zu diesem Zeitpunkt argumentierte er, die USA dürften keine »Bailout-Kultur« zulassen. Die strikte Weigerung der Regierung sollte ein Zeichen setzen: Die größten Teile der US-Wirtschaft seien im Wesentlichen gesund und die amerikanischen Finanzmärkte ausreichend hoch entwickelt, um gesunde Geschäftspraktiken von schlechten unterscheiden zu können.

Schon nach Tagen war klar, dass sich Paulsons hoch riskante Wette vom September 2008 nicht auszahlte. Paulson war eben-

so wenig erfolgreich wie sein Vorgänger Andrew Mellon, der dasselbe Kalkül im Jahr 1929 hatte und ebenso wie Paulson als Versager in die Geschichte eingegangen ist. Die unterlassene Hilfeleistung hat andere Rettungsaktionen erforderlich gemacht – etwa bei *AIG* in den USA und bei *HBOS* in Großbritannien. Und das dürfte noch längst nicht alles gewesen sein. Schwarze Listen zirkulierten, welche Institute als Nächste zu Fall kommen – oder zu Fall gebracht werden könnten. Und für die Staaten, wo diese Banken beheimatet waren, zirkulierten ähnliche Listen: erst Island, dann Irland, dann Großbritannien.

Selbsthilfe allein reicht nicht

In einem Klima extremer Verunsicherung reicht Selbsthilfe allein nicht aus. Die Regierungen und Notenbanken müssen eingreifen, denn nur sie können mit dem nötigen Gewicht und schnell genug reagieren. Nur Regierung und *Fed* gemeinsam konnten den Hypothekenriesen *Fannie Mae* und *Freddie Mac* rechtzeitig zur Hilfe kommen, um gleich darauf *AIG* zu retten und dann auch noch die krisengeschüttelten Großbanken *Citigroup* und *Bank of America* zu stützen.

Warum aber sollten nur die Banken von den Mitteln des Staates profitieren? Die Frage schien nur zu berechtigt. Das Prinzip der Stützung notleidender Unternehmen wird also immer weiter ausgedehnt – auf Automobilhersteller, dann auf Zulieferer von Automobilteilen, dann auf andere wichtige oder stimmkräftige Interessengruppen. Europäische Regierungen, vor allem die französische, denken über nationale Beteiligungsfonds nach, die neue Industriestrategien durchführen sollen.

Man dehnt also das Prinzip weiter aus, eine breiter angelegte und gerechtere Verteilungspolitik soll die Konjunktur ankurbeln, kurz: man sucht nach einer Lösung im keynesianischen Stil. Die Fiskalpolitik soll helfen, wo die Geldpolitik gescheitert war – obwohl viele Wirtschaftswissenschaftler und -historiker die Wirksamkeit solcher konjunkturstützenden Maßnahmen bezweifeln. Zu diesen Skeptikern zählt auch

Christina Romer, die neue Wirtschaftsberaterin im Weißen Haus (Vorsitzende des *Council of Economic Advisers*).

Im Verlauf der Krise kam es dann zu einer Vervielfältigung der Antworten. Am Anfang stand die Liquiditätszufuhr, die schon im September 2008 in gewaltigem Umfang von den Zentralbanken eingesetzt wurde. Diese Hilfe schlug aber nicht sofort an. Es kann sein, dass sie tatsächlich Wirkung zeigt – doch ein solcher Eingriff lässt sich mit einem Kurswechsel bei großen Ozeanschiffen vergleichen, wo das Umschwenken des Ruders nicht sofort die Richtung ändert. Dann ist die Versuchung groß, andere Lösungen auszuprobieren. Es ist so, als ob der Computer einfriert, und man sofort hektisch auf alle möglichen Tasten drückt. Meistens haben solche Manöver keinen Erfolg. Die Lösungen sind teuer. In diesem Jahr rechnet man damit, dass weltweit der Anstieg öffentlicher Schulden

3.000 Milliarden US-Dollar betragen wird, das entspricht dem dreifachen der Zunahme im Jahr 2008. Wer soll nun diese Schulden finanzieren?

Eine zweite Frage wäre, welche Art von Regierung der Aufgabe gewachsen ist – und das sind gewiss nicht alle. Die Regierungen mittelgroßer europäischer Länder etwa können womöglich mittelgroße europäische Institute retten. Doch im Fall der wirklich großen Finanzkonglomerate, die den Kern des weltweiten Finanzsystems bilden, haben vermutlich nur zwei Länder die nötige Durchschlagskraft: die USA und China.

Dynamit für die europäische Integration

In Europa zeigen sich mit Blick auf eine mögliche keynesianische Fiskalpolitik tiefe Gräben. So haben etwa Italien, Griechenland und Portugal eine zu hohe Staatsverschuldung, um sich keynesianische Lösungen leisten zu können. In Großbritannien, Irland oder Spanien ist die Quote der Staatsschulden zwar geringer. Aber dafür hat dort die private Verschuldung derart monströse Ausmaße angenommen, dass diese Länder kaum in der Lage sind, private einfach durch staatliche Schulden zu ersetzen. Ein Ausdehnen der staatlichen Aktivität als allgemein empfohlenes Rettungsprinzip in der Finanzkrise wird sich also als politisches Dynamit für den bisher so erfolgreich laufenden Prozess der europäischen Integration erweisen. Einige Länder – darunter Deutschland – werden die Fähigkeit dazu haben, die Mehrzahl aber nicht. Die EU selbst, mit Ausgaben, die nur knapp über einem Prozent des europäischen BSP liegen, ist bei dieser Aufgabe kraftlos. Die verschiedenen nationalen Spielräume werden tiefe Risse im europäischen Gebäude hinterlassen.

Noch schlimmer: Wenn die öffentliche Hand mit keynesianischen Mitteln die Nachfrage ankurbelt, werden die Steuer-

zahler und die Politiker, die sie vertreten, darauf bestehen, dass Geld im eigenen Lande und nicht anderswo ausgegeben wird. Eine Konjunkturspritze, die den deutschen Haushalt belastet, sollte nicht chinesischen oder auch italienischen Produzenten zugute kommen. In den 30er Jahren war der Keynesianismus eine nationale Lösung; heute leckt die nationale Badewanne zu schnell, um sie mit keynesianischem Wasser aufzufüllen. Mit dieser Forderung wird die globale und auch die europäische Integration, die die Grundlage der Nachkriegsprosperität bildeten, in Frage gestellt.

Auch hier verblüfft die historische Parallele: Unter den vergleichbaren Umständen der finanziellen Kernschmelze von 1931 gab es ebenfalls nur eine sehr begrenzte Zahl von Regierungen, die tatsächlich etwas ausrichten konnten. Im Falle Deutschlands hat vor 30 Jahren Knut Borchardt seine keynesianischen Kollegen mit dem Beweis geschockt, wie begrenzt die Handlungsspielräume für Reichskanzler Heinrich Brüning in der Krise der Weimarer Republik waren. Auch anderswo waren die Probleme erschreckend groß, die Antworten enttäuschend hilflos. Die alte wirtschaftliche Supermacht Großbritannien war zu erschöpft, um irgendjemandem außer sich selbst zu helfen. Und ein Großteil der weltweiten Reserven waren bereits in den USA angehäuft. Damals waren nur die USA wirklich handlungsfähig.

Als einzig plausibles Szenario für einen Ausweg aus der Großen Depression wäre damit, wie der große amerikanische Wirtschaftshistoriker Charles Kindleberger ausgeführt hat, ein Eingreifen der USA geblieben. Nun gab es damals für die Amerikaner eine Menge überzeugender Gründe, sich die Last einer weltweiten Rettungsaktion gar nicht erst aufzubürden. Mehr Geld nach Europa zu schicken, hätte so ausgesehen, als werfe man das Geld zum Fenster hinaus. Und hatten nicht die Europäer jenen Weltkrieg begonnen, der Ursprung und Quelle

der Finanzmisere war? Wirtschaftlich gesehen und bei langfristiger Betrachtungsweise, wäre ein solcher Schritt überaus sinnvoll gewesen. Politisch freilich war er eine Totgeburt ohne jede Aussicht auf kurzfristigen Gewinn.

Die frühen Stadien der Kreditverknappung wurden scheinbar so schmerzlos bewältigt, weil Staatsfonds aus dem Nahen Osten, vor allem aber aus China bereit waren, in die Bresche zu springen. Sie versorgten die verschuldeten amerikanischen und europäischen Institute mit frischem Geld. Anders als die großen Finanzhäuser in Europa und den USA waren die asiatischen Banken am *Subprime*-Risiko so gut wie nicht beteiligt.

Der Schlüsselmoment der aktuellen Ereigniskette war die Weigerung der chinesischen *SWF China Investment Co.*, ihre Sondierung eines Kaufs von *Lehman Brothers* weiterzuführen. Der Rückzieher von CIC wird irgendwann als Punkt gelten, an dem die Geschichte eine andere Richtung hätte nehmen können.

Nun wird es für den Rückzug der Chinesen eine Menge Gründe gegeben haben. Die Logik klingt jedenfalls ähnlich wie im

Fall der Amerikaner 1931. Einige der Argumente, die derzeit in Peking kursieren, sind durchaus vernünftig. Es gibt eine Menge Unsicherheiten, und die Staatsfonds könnten sehr viel Geld verlieren. Auch der CIC hätte ein Kauf der schwer angeschlagenen US-Investmentbank zunächst Verluste beschert. Auch Emotionen spielen in der Debatte eine Rolle: Könnte 2008 nicht die Rache Chinas für das amerikanische Missmanagement der Ostasienkrise von 1997-98 sein?

Es wird sich bald zeigen, welches Interesse China wirklich am Überleben der globalisierten Weltwirtschaft hat. Wie 1931 sprechen alle politischen Argumente scheinbar gegen einen rettenden Eingriff. Nur wer weitsichtig ist, wird erkennen, dass die wirtschaftlichen Argumente für eine Rettung zwingend sind. Und wie in den 30er Jahren werden Versuche gemacht werden – wie jetzt von Seite des neuen amerikanischen Finanzministers Timothy Geithner, der China als »Währungsmanipulator« denunzierte – die Schuld für die Krise dem großen Gläubigerstaat zuzuweisen, was natürlich dramatisch die Hilfsbereitschaft dieses Gläubigers beeinträchtigt.

Elmar Altvater

Die neue Finanzarchitektur – Auferstanden aus Ruinen?

Über eine lange Zeit waren die USA und der US-Dollar ein »safe haven«, in dem es für internationales Kapital lohnenswert war, vor Anker zu gehen. Der Zusammenbruch der amerikanischen Finanzbranche hat das Vertrauen erschüttert. Doch ist deshalb auch schon die US-Hegemonie am Ende?

Bush sen. hatte auf dem Höhepunkt des Kriegs gegen den Irak zu Beginn der 90er Jahre selbstbewusst den Beginn des »New American Century« verkündet, zumal auch der »Sieg im Kalten Krieg« zu feiern war. Der Sohn hat den Triumph in der Wüste ein Jahrzehnt später verspielt. Die Rezeptur der neokonservativen Ratgeber, jenes Gemisch



Elmar Altvater

(* 1938) war 1970 bis 2004 Professor für Politikwissenschaften an der FU Berlin. Zahlreiche Publikationen über Globalisierung, globale Umweltprobleme und Finanzmärkte sowie die Zukunft der europäischen Integration.

altvater@zedat.fu-berlin.de